

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Baugen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindefürsorge des Bezirks. **Ältestes Blatt im Bezirk.** - - - Erscheint seit 1846.



Anzeigeblatt für Bischofswerda, Neukirch, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke. - - **Wöchentliche Beilagen:** Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt. - - - **Fernsprecher Nr. 22.**

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. **Belegpreis** jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Der **Belegpreis** ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 1.10, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 1.20; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 3.30 ohne Zustellungsgebühr.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 21 543. - **Gemeindefürsorgeverband** Bischofswerda Konto Nr. 64. **Im Falle höherer Gewalt** - Krieg oder sonstiger Ungewissheit wird der Betrieb der Zeitung oder der Veröffentlichung von Nachrichten - hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Grundzeile (Zm. Woche 20) oder deren Raum 40 Pfg., drückliche Anzeigen 30 Pfg. Im Tegeteil (Zm. Woche 17) 90 Pfg. die gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. - **Amliche Anzeigen:** die gespaltene Zeile 70 Pfg. - Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. - **Erfüllungsort** Bischofswerda.

Nr. 226.

Sonntag, den 28. September 1919.

74. Jahrgang

Das wirtschaftliche Dienstjahr.

Das frühere Mitglied des Bundesrats, Dr. A. Koch-Hamburg, macht im „Tag“ folgende beachtenswerten Ausführungen:

Unter den vielfachen Schwierigkeiten, welche gegenwärtig und für die nächste Zukunft Deutschland belasten, steht schmerzhaft vornehmlich die Kohlenfrage da. Ohne genügende Kohlen frieren wir, hungern wir und gehen inneren Unruhen entgegen, deren die vorhandene bewaffnete Macht, wenn überhaupt, nur mit viel Kampf und Blut Herr werden kann. Gelingt es dagegen, die Kohlenförderung und die Beförderung bis in die Hand des Verbrauchers so zu steigern und zu ordnen, wie es in früheren Friedenszeiten selbstverständlich erschien - noch hat Deutschland, von den Saargruben abgesehen, keine Kohlenstätte voll unter seiner Herrschaft - so ist Deutschland trotz Niederlage und der im Friedensvertrage festgesetzten Abgabepflicht der wirtschaftliche König von Europa. Ein gültiges Schicksal hat uns in aller Not noch einmal die Hand gereicht. Arbeitsunruhen erschüttern die wesentlichen Konkurrenzländer. England hat nur Kohle für sich, seine Schifffahrt und seine Kolonien. Die Vereinigten Staaten können nur sich und das ihnen wirtschaftlich wichtige Südamerika versorgen. Der Kontinent, die Feinde wie Neutrale, sind auf Deutschlands Bodenschätze angewiesen und müssen sie nehmen zu jedem Preise. Findet Deutschland auf diesem wirtschaftlichen Gebiet Energie und Männer, so kann es den eigenen Not steuern und nach außen eine Stellung erlangen, die den ersten Schritt zur Sprengung des Friedensvertrages zu bieten vermag.

Wir haben eine Regierung; sie beratschlagt, steht und verhandelt, Latein können wir von ihr nicht erwarten. Selbst ihr bester Kopf, der Bergmannsführer Hübner, weiß keinen besseren Rat als internationale Kohlen- und Transportkommissionen, als ob wir nicht die Hand des Feindes schon genug im Lande hätten! Wir haben eine Linke, die sich heimlich des kommenden Glanzes freut, das die Träume ihres zerfallenden Ehrgeizes reifen lassen soll. Wir haben auch eine kraftvolle Rechte. Die deutschnationale Volkspartei hat die Kohlenfrage in der Nationalversammlung angeschnitten und in scharfer Kritik vieles geleistet. Möge sie ihre Kritik noch viel scharfer gestalten, möge sie immer und immer wieder in einfacher, gemeinverständlicher Aufklärung alle Schichten der Bevölkerung darauf hinweisen, was Kohlennot und Eisenbahnverengung für jede Erwerbsarbeit und jeden Hausstand in Stadt und Land bedeuten, und daß um unserer Erhaltung willen gegen politische Streiks in Kohlengruben und auf den Eisenbahnen mit jedem Gewaltmittel eingegriffen ist. Wer uns frieren lassen will, den haben wir das Recht hungern zu lassen. Wer gegenwärtig die Eisenbahn stilllegt, ist ein Verbrecher an eigenen Volk.

Aber unsere politischen Freunde mögen auch handeln. Sie sollen immer wieder darauf dringen, daß fleißige und arbeitswille Bergleute - und das ist die große Mehrheit - gegen Terror geschützt, für ihre so wichtige und schwere Arbeit angemessen - besser als irgendein ungelerner Arbeiter über Tage - bezahlt, ernährt und bekleidet werden. Vor allem ist zu fordern, daß mit tüchtigem Griff neue Wege gezeigt werden, wie die Wunden des Krieges in den Arbeitskräften zu ergänzen und saule Glieder durch gesunde, arbeitsfähige und arbeitsfreudige zu ersetzen sind. Was wir brauchen, ist eine Neuorganisation der wirtschaftlichen Arbeit, ein Organismus, der bereit und in der Lage ist, dort eingzugreifen, wo das Gemeinwohl solches erfordert.

Haben wir das Material dazu? Die Hunderttausende Erwerbsloser, die sich vornehmlich in den großen Städten zusammengeballt haben, bieten es nicht. Die große Masse derselben ist durch die ziellose Freiheit, welche ihnen die Revolution gegeben, moralisch geschwächt. Sie wird dauernd ein Bleigewicht am Fuße des wiederempfortretenden Deutschlands bleiben. Zu wirklich ernster Arbeit bringt sie auch kein Zwang. Man lese nur die Verhandlungen des Reichserwerbslosenrats.

Hilfe, dauernde und sichere, ist nur zu finden, wenn zurückgegangen wird auf die einfachen Klaren und groben Gedanken der vorrevolutionären Zeit. In Preußens schwerem Niedergang erwaucht die linke Lat der allgemeinen Wehrpflicht mit ihrer scharfen Ausprägung in der militärischen Dienstpflicht für die heranwachsende Jugend. Diese allgemeine Wehr- und Dienstpflicht mit der Waffe haben die Feinde im Art. 178 des Friedensvertrages verboten. Sie wußten wohl, weshalb sie es taten. Sie woll-

ten die größte staatliche und moralische Kraft unseres Volkes dauernd erlöten. Der Friedensvertrag ist angenommen. Aber ist der Jugend auch der Dienst mit der Waffe verweigert, der Dienst mit dem arbeitsfähigen Arm, mit Hade und Spaten bleibt erlaubt und ist durch die gegenwärtige Not des Landes geboten. Es herrscht auf wirtschaftlichem Gebiet nationales Notstand. Ihm muß begegnet werden mit nationaler Verteidigung durch wirtschaftlichen Dienst des Teils der Jugend, der durch den Zwang der Verhältnisse von dem sonst selbstverständlichen Dienst mit der Waffe befreit ist. Damit geschieht der Jugend kein Unrecht. Die meisten Erwachsenen haben Jahre hindurch unendlich viel Schwereres geleistet; soweit sie ihr Vaterland liebhaben, haben sie sich noch jetzt mit der Waffe als Reichweh, Zeitfreiwillige und Einwohner gegen innere Feinde zur Verfügung gestellt. Es wäre tief bedauerlich, wenn unsere Söhne und jüngeren Brüder pflichtlos und nur egoistischen Trieben folgend, aufwüchsen.

Aber geben wollen wir sie nicht zu zuchtloser Spielerei in überdemokratischer Freiheit. Sie sollen ein erstes Jahr durchmachen unter sachkundiger Führung, in strenger, kameradschaftlicher Disziplin. An gutem Führungsmaterial fehlt es nicht. Viele tausend Berufsoffiziere und Unteroffiziere, des besten Menschennaterials, das im Felde wirtschaftliche Tätigkeit jeder, auch der größten Art - Eisenbahn, Wege, Brückenbau, Holzfällen usw. - lehren und ausführend bewiesen hat, sind pflöglich auf die Straße geworfen, hinein in den Kampf ums tägliche Brot, oft genug verurteilt zur Lohnbrüderlei, wollen sie nicht mit ihrer Familie verhungern. Man mache sie zu Führern und Unterführern in den neuerschaffenden Wirtschaftsbataillonen unserer dienstpflichtigen Jugend. Die Wirtschaftsarmee entlastet den schwer gedrückten Arbeitsmarkt und kann sich selber erhalten durch zweckvoll geleistete Tätigkeit.

Wem steigt nicht der Gedanke auf an die Zeiten unsrer Armerungsabteilungen, wo sich alt und jung, hoch und niedrig zusammenfanden zu einer fast unvorstellbaren Tätigkeit, die viel größer und größer, viel schwerer war als alles, was jetzt notwendig ist, um den Mangel an Kohlenförderung und -beförderung auszugleichen, den Wirrwarr des Eisenbahnwesens zu beseitigen. Hätten wir gegenwärtig die Anzahl von Pionierbataillonen, die im Kriege vorhanden war, so brauchte kein deutscher Kriegsgefangener nach jahrelangem Leiden in Belgien und Frankreich Wiederherstellungsdienste zu leisten. Und können nicht die Kriegsgefangenen, die doch auch für die heranwachsende Jugend ihre Knochen zu Martir getragen haben, ihre Frauen, Kinder und Eltern mit Recht verlangen, daß diese Jugend für sie eintrete?

Das deutsche Volk muß in der Zukunft einen wirtschaftlichen Kampf führen auf Tod und Leben. Sein eigenes Gebiet vermag die Menschen kaum zu fassen und kann sie nur ernähren, wenn alle Produktionsmöglichkeiten industrieller und landwirtschaftlicher Art reiflos erschlossen werden. Das Land der Feinde mit seinen gewaltigen Kolonien bleibt den Deutschen auf lange praktisch versperrt. Der Osten, das Arbeitsgebiet der Zukunft, ist noch in wilder Gärung. Für diesen Kampf gibt es alle Waffen zu schmieden. Eine der bedeutungsvollsten ist die organisierte Wirtschaftsarmee unserer Jugend. Im Augenblick kann sie entscheidend helfen in der Kohlenkrise und zur endlichen Erlösung der Kriegsgefangenen, danach hat sie planmäßig neue Lebensmöglichkeiten (Kultivierung der Moore usw.) zu erschließen und für die Zukunft soll sie das Instrument werden, das dem wirtschaftlichen Lebensfeld des Ostens Rettung bringt und dadurch deutschen Handel, deutscher Industrie den Weg zum Weltmarkt zurückeroberet.

Der Gedanke des wirtschaftlichen Dienstjahres ist nicht neu, ihn auszuspähen in der gegenwärtigen politischen Etüdelerei, vaterländische Pflicht, ihn durchzuführen, eine Lat. Als die deutsche Marine die Flotte bei Scapa Flow versenkte, da hat unsere Regierung ob solcher „Lorheit“ gewiß Tränen geweint, durch den arbeitsfähigen Teil des deutschen Volkes ging ein Aufatmen der Befreiung, die Welt aber gewann wieder Richtung vor den Deutschen. Daher auf, zur neuen Tat!

Weitere Ausdehnung des Metallarbeiterstreiks in Berlin. Die Bewegung unter den Berliner Metallarbeitern hatte am Donnerstag infolge einer Verschärfung erfahren, als zunächst die Heizer des Siemens-Werkes in den Streik eingetreten sind und dadurch die Stilllegung des ganzen Wertes erzwungen haben. Davon werden etwa 30 000 Ar-

beiter und Arbeiterinnen betroffen. Außerdem ist die Versorgung von Siemensstadt mit elektrischem Licht unterbrochen. Damit nicht genug. Am Freitag sind dem üblichen Beispiel der Heizer bei Siemens auch die Heizer anderer Betriebe gefolgt, wie nachstehende Meldung berichtet:

Berlin, 27. September. (Priv.-Tel.) Der Streik in der Berliner Metallindustrie hat bedauerlicherweise eine weitere Ausdehnung erfahren, und zwar sind auch die Heizer in weiteren Betrieben in Ausstand getreten, um dadurch die Unternehmungen zu zwingen, die Arbeiter zu entlassen und die Stilllegung dieser Betriebe zu erzwingen. Der Grundgedanke dabei ist, daß auf diese Weise die Arbeiter in den Besitz der Arbeitslosenunterstützung kommen. Auch in den Vorlag-Werken sind die Heizer im Begriff, in Streik zu treten, ferner in der Fabrik der A. E. G. und in den Imperatorwerken. Es sind bis jetzt die Siemenswerke und auch die Fabrik der A. E. G. in der Brunnenstraße in Berlin vollständig stillgelegt.

Berlin, 27. September. (Priv.-Tel.) Zur Ausdehnung des Streiks in der Metallindustrie sagt die „Vossische Zeitung“: Noch immer sind keine Ausichten, daß eine Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erfolge, da die maßgebenden Stellen sich nach wie vor abwartend verhalten. - Von einer gut informierten Persönlichkeit des Arbeitgeberverbandes wird im „Berliner Tageblatt“ vorausgesagt, daß sich der diesmalige Streik zu einer Kraftprobe erster Ordnung auswachsen wird.

Wo bleibt die Senkung der Lebensmittelpreise?

Köln, 25. September. An die Reichsregierung haben die Abgeordneten Meerfeld, Frau Köhl und Sollmann laut der Rheinischen Zeitung, folgende Anfragen gerichtet: Die seinerzeit von der Reichsregierung zur Senkung der Lebensmittelpreise bereitgestellten 1 1/2 Milliarden sind jetzt aufgebraucht, ohne daß sich die Erwartung erfüllt hat, daß gegen Herbst erträgliche Zustände auf dem Wochenmarkt eintreten und die Preise heruntergehen. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Die Preise nicht nur aller Lebensmittel, sondern auch sämtlicher Verbrauchsgegenstände sind wieder gestiegen. Diese Entwicklung treibt zur Katastrophe, wenn nicht in nächster Eile Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Wir fragen: Ist die Reichsregierung bereit, geeignete Maßnahmen sofort in die Wege zu leiten? Ist sie u. a. bereit, mit den Besatzungsbehörden im Rheinland in Verhandlungen einzutreten, um durch Wiederherstellung der alten Zollgrenzen den wilden Handel und dadurch den Wucher erfolgreicher als bisher bekämpfen zu können? Ist sie bereit, sich durch geeignete Maßnahmen bei der Bekämpfung des im Rheinland zu einer wahren Pest gewordenen Schieberismus zu bemühen?

Der Wiedereintritt der Demokraten in die Reichsregierung.

Berlin, 27. September. (Priv.-Tel.) Über Veränderungen in der Reichsregierung glaubt die „Vossische Zeitung“ mitteilen zu können, daß die Neubefehung des freiwerdenden Reichsministeriums des Innern aller Wahrscheinlichkeit nach die Frage des Wiedereintritts der Demokraten in die Regierung akut machen wird. Für das Reichsministerium des Innern scheint ziemlich bestimmt der Hamburger Senator Petersen in Aussicht genommen zu sein. Das noch immer unbesetzte Reichsjustizministerium würde für den Fall des Wiedereintritts der Demokraten in die Regierung Herr Schiffer übernehmen.

Der Streik an der Wasserkante.

Hamburg, 27. September. (Priv.-Tel.) Zahlreiche Seemannsverbände richteten an die Seelente aller Chargen einen dringenden Aufruf, die Heimkehr der Kriegsgefangenen aus England nicht zu hindern. Man hofft, alle nach England bestimmten Schiffe abgehen lassen zu können.

Wilson über Fiume.

Berlin, 26. September. (B. L. B.) Die „Chicago Tribune“ meldet, hat Wilson Italien eine Antwort in der Fiumefrage gegeben lassen, in der er sich kategorisch weigert, den Vorstoß Titonis, daß Fiume italienisch werden solle und daß der Hafen zu internationalisieren sei, überhaupt in Betracht zu ziehen.